Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	planung Ja	srelevant / nein
Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration u. Gleichstellung Landesplanung vom 15.03.2021		,	
Mit Schreiben vom 20.01.2021 werden aktualisierte Planunterlagen hinsichtlich der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 15 der Gemeinde Gudow vorgelegt. Es wird beabsichtigt, in dem ca. 2,1 ha großen Gebiet "östlich der Kastanienallee, südwestlich der Straße Grotn Felln" im Ortsteil Kehrsen ein Mischgebiet, eine Fläche für Versorgungsanlagen, eine Grünfläche und eine Maßnahmenfläche mit der Zweckbestimmung Obstwiese auszuweisen. Damit sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Betriebserweiterung eines ansässigen IT-Unternehmens geschaffen werden. Der wirksame Flächennutzungsplan stellt das Plangebiet als Fläche für die Landwirtschaft dar und soll entsprechend geändert werden. Aus der Sicht der Landesplanung nehme ich zu den o.g. Bauleitplanungen wie folgt Stellung:	Die Planungsabsichten der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Bebauungsplanes Nr. 15 werden in richtiger Form zusammengefasst.	X	
23.09.2020 vor, auf die insoweit verwiesen wird. Der Kreis Herzogtum Lauenburg weist in seiner Stellungnahme gemäß Begleitbericht vom 01.02.2021 darauf hin, dass in der Begründung der Zusammenhang zwischen der Betriebserweiterung und der Neuausweisung der in Rede stehenden Mischgebietsfläche noch nicht eindeutig genug dargestellt	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägungsformulierung zur Stellungnahme vom 23.09.2020 wird ergänzend verwiesen. Der Anregung wird gefolgt. Im Zuge des weiteren Verfahrens erfolgt eine Anpassung der Verfahrensart, um den Bebauungsplan Nr. 15 als vorhabenbezogener Bebauungsplan gem. § 12 BauGB aufzustellen. Die Ausführungen in der Begründung zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes werden entsprechend angepasst und weitergehend erläutert.		

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planungs	srelevant
Inhalt der Stellungnahme		Ja /	nein '
Des Weiteren wird darum gebeten, die konkrete Anzahl der geplanten Betriebs-	Der Hinweis auf den wohnbaulichen Entwicklungsrahmen der Gemeinde	Χ	
wohnungen in die Begründung aufzunehmen. Ich weise in diesem Zusammen-	Gudow wird zur Kenntnis genommen und in der Begründung ergänzt.		
hang darauf hin, dass die Gemeinde Gudow zwar eine ergänzende überörtliche	Im Zuge des geplanten Vorhabens des Bebauungsplanes Nr. 15 ist die		
Versorgungsfunktion hat, diese Funktion sich allerdings nur auf die Haupt-	Errichtung einer Betriebsleiterwohnung innerhalb des Vorhabengebietes		
ortslage erstreckt. Im Ortsteil Kehrsen ist der wohnbauliche Entwicklungs-	geplant.		
rahmen von 10% bezogen auf den Bestand der Wohneinheiten im Ortsteil zum			
Stichtag 31.12.2017 zu beachten.			
Eine abschließende landesplanerische Stellungnahme ergeht im weiteren	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Х	
Planverfahren nach Vorlage überarbeiteter Planunterlagen.			
Diese Stellungnahme bezieht sich nur auf die Erfordernisse der Raumordnung			
und greift damit einer planungsrechtlichen Prüfung des Bauleitplanes nicht vor.			
Eine Aussage über die Förderungswürdigkeit einzelner Maßnahmen ist mit			
dieser landesplanerischen Stellungnahme nicht verbunden.			
Aus Sicht des Referates für Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht,			
werden ergänzend folgende Hinweise gegeben.			
		.,	
Auf die Stellungnahme (E-Mail) vom 02.02.2021 wird verwiesen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Auf die entsprechende	Х	
	Abwägungsformulierung zur Stellungnahme vom 02.02.2021 wird ergänzend		
	verwiesen.		

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit			srelevant
Inhalt der Stellungnahme		Ja /	/ nein
Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung Landesplanung vom 23.09.2020			
Die Gemeinde Gudow beabsichtigt, in dem ca. 1,33 ha großen Gebiet "östlich der Kastanienallee, südwestlich der Straße Grotn Felln" im Ortsteil Kehrsen eine Mischbaufläche auszuweisen. Ziel der Planung ist die Schaffung von planungsrechtlichen Voraussetzungen für die betriebliche Erweiterung eines IT-Unternehmens. Der wirksame Flächennutzungsplan stellt die Fläche bislang als Fläche für die Landwirtschaft dar und soll entsprechend geändert werden. Aus Sicht der Landesplanung nehme ich zu der o.g. Bauleitplanung wie folgt Stellung:	Die Planungsabsichten der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Bebauungsplanes Nr. 15 werden in richtiger Form zusammengefasst.	x	
Die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung ergeben		Х	
Gudow ist eine Gemeinde ohne zentralörtliche Einstufung im ländlichen Raum. Der Gemeinde wurde gemäß Regionalplan I (alt) eine ergänzende, überörtliche Versorgungsfunktion zugewiesen. Der Ortsteil Kehrsen verfügt jedoch nicht über diese Funktion.		x	

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planung	srelevant
Inhalt der Stellungnahme		Ja /	nein '
Nach Ziffer 3.7 Abs. 1 LEP-Fortschreibung 2018 können alle Gemeinden unter Beachtung ökologischer und landschaftlicher Gegebenheiten eine bedarfsgerechte Flächenvorsorge für die Erweiterung ortsansässiger Betriebe sowie die Ansiedlung ortsangemessener Betriebe treffen. Vor der Neuausweisung von Flächen sollen in den Gemeinden Altstandorte, Brachflächen und Konversionsstandorte in städtebaulich integrierter Lage genutzt werden. Es soll darauf geachtet werden, dass Flächen sparend gebaut wird. Aus der Betriebsbeschreibung geht hervor, dass der Betrieb auf bestimmte technische Anforderungen angewiesen ist (Glasfaserleitungen mit entsprechender Leitungskapazität, eigene Stromversorgung durch Photovoltaikund Biogasanlagen, Windkraft und ein Blockheizkraftwerk, eigenen Trafo, Rechenzentrum) und dadurch eine Verlegung nicht möglich ist. Die technischen Anforderungen für die Erweiterung des Betriebes an diesem Standort sind in den zu konkretisierenden Planunterlagen näher auszuführen. Nach Ziffer 3.9 Abs. 4 LEP-Fortschreibung hat zur Verringerung der Neuinanspruchnahme von Grund und Boden die Innenentwicklung Vorrang vor der	Die Begründung des Bebauungsplanes Nr. 15 sowie der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes werden hinsichtlich der Standortwahl weitergehend erläutert. Im Zuge der weiteren Planung erfolgt eine Anpassung der Verfahrensart, um den Bebauungsplan Nr. 15 als vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen.	X	
Außenentwicklung. Insofern sollte die Planung auf die zwingend erforderliche Erweiterung des bestehenden Betriebes konzentriert werden. Aus Sicht des Kreises Herzogtum-Lauenburg bestehen laut Begleitbericht vom	Der Hinweis auf den Begleitbrief des Kreises Herzogtum Lauenburg wird zur		
25.06.2020 keine grundsätzlichen Bedenken gegenüber der Planung.	Kenntnis genommen.		

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	planungs Ja /	relevant ' nein
Seitens der Landesplanung bestehen gegen eine Betriebserweiterung des	Seitens der Gemeinde Gudow wird zur Kenntnis, dass seitens der Landesplanung gegen eine Betriebserweiterung des ansässigen Unternehmens keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.	X	
Diese Stellungnahme bezieht s ich nur auf die Erfordernisse der Raumordnung und greift damit einer planungsrechtlichen Prüfung des Bauleitplanes nicht vor. Eine Aussage über die Förderungswürdigkeit einzelner Maßnahmen ist mit dieser landesplanerischen Stellungnahme nicht verbunden. Aus Sicht des Referates für Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht, werden ergänzend folgende Hinweise gegeben.		Х	
Im weiteren Verfahren ist der Flächenbedarf des Unternehmens zu konkretisieren. Im Hinblick auf das Ziel der Reduktion der Flächenneuinanspruchnahme sollte geprüft werden, wie bei der betrieblichen Erweiterung eine angemessene bauliche Dichte erreicht werden kann. Die Ausweisung neuer Bauflächen sollte nur entsprechend des betrieblichen Bedarfs erfolgen. Das Referat weist darauf hin, dass zur Ausweisung eines Mischgebietes 50% der Fläche wohnbaulich genutzt werden müssten. Es ist daher zu prüfen, ob dies tatsächlich dem Planungswillen der Gemeinde entspricht oder, ob ggf. ein anderer Baugebietstyp zu wählen wäre. Entscheiden sich die Gemeinde für ein Mischgebiet ist im Rahmen der Bebauungsplanung sicher zu stellen, dass die entsprechende Zweckbestimmung des Baugebietes eingehalten wird.	Die Unterlagen des Bebauungsplanes Nr. 15 werden im Zuge des weiteren Verfahrens entsprechend konkretisiert.	X	

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag		srelevant
Inhalt der Stellungnahme		Ja ,	/ nein
Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration u. Gleichstellung vom 02.02.2021			
Ich danke für die Beteiligung nach § 4 Absatz 1 BauGB im o.g. Bauleitplanverfahren und nehme wie folgt Stellung:			
	Die Fläche der geplanten Solarenergie-Freifläche wird im Zuge des weiteren Verfahrens als Sonderbaufläche bzw. Sonstiges Sondergebiet "Erneuerbare Energien" dargestellt.		
Einklang zu bringen. Für das weitere Verfahren übersende ich den Entwurf des Photovoltaik-Erlasses mit der Bitte um grundsätzliche Beachtung. Ich bitte daher auch, die geplante Fläche entsprechend darzustellen. Vorsorglich weise ich auf die den Verfahrenserlass ergänzenden Schreiben des Referates für Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht vom 9. September 2019 und 14. April 2020 hin.			

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planungsrelevant	
Inhalt der Stellungnahme		Ja /	/ nein
Kreis Herzogtum Lauenburg Begleitbericht 01.02.2021			
Mit Schreiben vom 20.01.2021 übersandte mir das Planungsbüro GSP im Auftrag der Gemeinde Gudow den Entwurf zu o.a. Bauleitplan. DieUnterlagen reiche ich an Sie weiter mit der Bitte um Mitteilung, ob die Planung den Zielen der Raumordnung und Landesplanung entspricht.		Х	
Die Planung wurde bereits im Juni 2020 vorgestellt. Es liegt eine landesplanerische Stellungnahme vom 23.09.2020 vor. Grundsätzliche Bedenken waren weder vom Kreis, noch von der Landesplanung vorgetragen worden.			
Die Gemeinde legt nun konkretisierte Unterlagen vor und ergänzt den Geltungsbereich um eine Fläche zur Gewinnung erneuerbarer Energien. Aus hiesiger Sicht sollte in der Begründung das Planungsziel mehr auf den Zusammenhang zwischen dem vorhandenen Betrieb und den dortigen Erweiterungserfordernissen eingehalten. In der jetzigen Form entsteht der Eindruck, es handele sich um eine allgemeine Schaffung einer Mischgebietsfläche um "der Nachfrage nach mischgebietstypischen Bauflächen in der Gemeinde Gudow nachzukommen." Erst in der Standortprüfung wird das konkrete Vorhaben deutlich. Die positive Begleitung des Kreises ist konkret an das Vorhaben gebunden, da ansonsten eine andere Form der Alternativenprüfung zu wählen ist.	Im Zuge des weiteren Verfahrens erfolgt die Anpassung der Verfahrensart um den Bebauungsplan Nr. 15 als vorhabenbezogen Bebauungsplan gem. § 12 BauGB aufzustellen. Die Ausführungen der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes werden entsprechend ergänzt.		

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planung	srelevant
Inhalt der Stellungnahme		Ja ,	/ nein
lichkeit für Übernachtungsmöglichkeiten für Angestellte die Rede. Die	Die getroffenen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 15 der Gemeinde Gudow werden konkretisiert. Durch die geplante Umstellung der Verfahrensart		
<u> </u>			
	Dem Hinweis wird gefolgt. Durch die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ist auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung eine direkte Zugehörigkeit zu der geplanten Betriebserweiterung sichergestellt.		

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planungsrelevant	
Inhalt der Stellungnahme		Ja /	nein
Kreis Herzogtum Lauenburg			
Begleitbericht			
25.06.2020			
Mit Schreiben vom 19.06.2020 übersandte mir der Amtsvorsteher des Amtes	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.	Х	
Büchen de Entwurf zu o.a. Bauleitplan. Die Unterlagen reiche ich an Sie weiter	, and the second		
mit der Bitte um Mitteilung, ob die Planung den Zielen der Raumordnung und			
Landesplanung entspricht.			
Die angefragte Fläche befindet sich nördlich der Gemeinde Gudow im Ortsteil	Seitens der Gemeinde wird zur Kenntnis genommen, dass gegen das geplante		Х
Kehrsen. Wie es zu der Ansiedlung des Betriebes kam und wie die betriebliche			
Engwicklung stattfand, ist in der Beschreibung der CSN-Solutions e.K. näher			
beschrieben. Damit erklärt sich auch der Standort des Betriebes. Obwohl der			
Betrieb nicht im Hauptort Gudow gelegen ist, dem eine ergänzende,			
überörtliche Versorgungsfunktion im ländlichen Raum zugeordnet ist,			
unterstützt der Kreis die vorgelegte Planung. Das Unternehmen hat in der			
Vergangenheit weitreichende Investitionen in moderne Technologie und			
Infrastruktur getätigt, so dass aus hiesiger Sicht die Forderung nach einer			
Umsiedlung des Betriebes zum jetzigen Zeitpunkt unverhältnismäßig ist.			
Darüber hinaus werden Flächen in direktem betrieblichem Zusammenhang in			
Anspruch genommen, die nach Einschätzung des Kreises grundsätzlich für eine			
bauliche Entwicklung geeignet sind.			
Es bestehen aus Sicht des Kreises zunächst keine grundsätzlichen Bedenken.			

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	planungs Ja /	relevant nein
Kreis Herzogtum Lauenburg vom 11.03.2021			
Mit Bericht vom 20.01.2021 übersandten Sie mir im Auftrag der Gemeinde Gudow den Entwurf zu o.a. Bauleitplan mit der Bitte um Stellungnahme. Aus Sicht des Kreises Herzogtum Lauenburg bitte ich um Berücksichtigung folgender Anregungen und Hinweise:			
Fachdienst Abwasser (Frau Mannes, Tel. 409)	<u>Fachdienst Abwasser</u>	Х	
das Bodengutachten noch nicht vorliegt. Daher ist eine abschließende Stellungnahme nicht möglich.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Zwischenzeitlich wurde eine Baugrunduntersuchung für das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 15 der Gemeinde Gudow erstellt. Eine Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers ist nicht möglich. Im Zuge des weiteren Verfahrens erfolgt der Nachweis einer schadlosen Ableitung des Niederschlagswassers.		
Die Festsetzungen im Text Teil B unter Punkt 6.2 beziehen sich meines Erachtens nur auf das Mischgebiet MI1. Ich bitte, die Festsetzung (wasserdurchlässige Ausführung der Stellplätze) auch für das Mischgebiet MI2 zu formulieren.		Х	
Bei der Planung ist das mit Erlass vom 22.10.2019 eingeführte Arbeitsblatt A-RW 1 (Wasserrechtliche Anforderungen zum Umgang in Neubaugebieten in Schleswig-Holstein- Teil 1: Mengenbewirtschaftung) zu berücksichtigen.		Х	
Daher werden die bereits gemachten Festsetzungen der Zulässigkeit von Gründächern und der erforderlichen Durchlässigkeit der Stellplatzbefestigungen von mir begrüßt. Weitere Möglichkeiten zur Abflussverringerung wäre auch Zisternen zur Regenwassernutzung oder Gartenbewässerung. Die Bilanzierung gemäß A-RW 1 ist mir vorzulegen.		х	

Beteiligung bis zum 26.02.2021

	Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planung	srelevant
	Inhalt der Stellungnahme		Ja ,	/ nein
1	lage, westlich der Kastanienallee, sind im Rahmen einer ergebnisoffenen qualifizierten Untersuchung möglicher Alternativen im Raum zu überprüfen. Dabei sind unter anderem die Aussagen der Landschaftsplanung	Das geplante Vorhaben sieht die Erweiterung eines ortsansässigen Betriebes vor. Das Verfahren auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung wird im Weiteren auf einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan gem. § 12 BauGB umgestellt. Aufgrund der erforderlichen Betriebsnähe erfolgt eine Alternativenprüfung im näheren Umfeld des bestehenden Betriebsstandortes.	X	
	Dass der Eigentümer die Fläche des Plangebiets nutzen möchte, ist letztlich keine fachliche / städtebauliche Begründung. Eine Fläche in der Größe von ca. 4000m² westlich der Kastanienallee ist im vorliegenden Entwurf als Fläche für Versorgungsanlagen / Erneuerbare Energien dargestellt. Die Fläche soll der Errichtung einer Freiland-Photovoltaikanlage dienen. Gegen diese bandartige Entwicklung entlang der vorhandenen Straße bestehen aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege Bedenken, da dies zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes führt.	Den Anregungen wird teilweise gefolgt. Es werden Untersuchungen zur Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ergänzt.	X	
2	. Auf dem Flurstück 47/5, Flur 4 der Gemarkung Kehrsen-Meierhof (geplante Fläche für Versorgungsanlagen) sind verschiedenen Maßnahmen als Ausgleich für Eingriffe im Zusammenhang mit der Kleinwindanlage festgesetzt (Az.: 440-25/02.0468.0022, extensive Gras- und Krautflur 105m, Gehölzstreifen 216m², eine Baumpflanzung)			x

Beteiligung bis zum 26.02.2021

	Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planung	srelevant
	Inhalt der Stellungnahme		Ja ,	/ nein
3	,			Х
	Alleen vorhanden, die nach § 30 BNatSchG i. V. m. § 21 LNatSchG gesetzlich geschützt sind. Auf die Biotopverordnung sowie die Kartieranleitung und Biotopschlüssel für die Biotopkartierung S-H (2016) verweise ich. Zum geschützten Biotop zählt der Baumbestand einschließlich der hiervon bestandenen Grundfläche des Traufbereichs dieser Bäume gemäß DIN			
	Nach § 30 Abs. 2 BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung gesetzlich geschützter Biotope führen können, verboten. Verbotstatbestände liegen u.a. bei Fällung eines Alleebaumes oder bei Eingriffen in der Wurzel-, Stamm- und Kronenbereich der Alleebäume vor, die ihr Absterben bewirken können. Das trifft insbesondere für Versiegelungen und andere Einwirkungen im Traufbereich dieser Bäume zu, wie Aufschüttungen, Abgraben, Lagerung von Materialien. Das ist im Rahmen der vorliegenden Planung zu beachten.			X
				Х

Beteiligung bis zum 26.02.2021

	Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planung	srelevant
	Inhalt der Stellungnahme		Ja ,	/ nein
4.	Wie im Bebauungsplan Nr. 15, sollte im Bereich des Biotops / Röhricht eine Grünfläche auch in der Änderung des Flächennutzungsplans möglichst bereits dargestellt werden.		Х	
5.	Grünland erfüllt vielfältige Funktionen in der Landschaft. Es hat einen hohen ästhetischen Naturwert. Auf Grünlandstandorten kommen über die Hälfte aller in Deutschland beobachteten Tier- und Pflanzenarten vor. Damit haben sie große Bedeutung für den Artenschutz und den Erhalt der Artenvielfalt. Wegen der ganzjährigen Vegetation ist der Boden im Grünland gegenüber Austrocknung und Erosion durch Wind und Wasser geschützt und verfügt über vergleichsweise höhere Humusgehalte sowie eine hohe Wasserspeicherkapazität. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund sich wandelnder Klimaverhältnisse mit extremen Witterungsereignissen wichtig. Auf Grund der ökologischen Bedeutung von Grünland sind Ausgleichsmaßnahmen (Neuentwicklung von Grünland) im Verhältnis			X
	von 1 zu 1 der betroffenen Flächen nach meiner fachlichen Bewertung erforderlich und entsprechend nachzuweisen. Die Maßnahmen (Ersatz des Grünlandes) zum Ausgleich der Beseitigung von	Die Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich erfolgt erst im B-Plan. Die Hinweise werden aber bereits zur Kenntnis genommen.		X
	Grünland ist zusätzlich zu den erforderlichen Maßnahmen zum Ausgleich von Eingriffen in das Schutzgut Boden nachzuweisen, mindestens für die gesamte, in der Änderung des Flächennutzungsplans dargestellte Gemischte Baufläche. Darauf wird bereits an dieser Stelle hingewiesen. Eine detaillierte Eingriffs- / Ausgleichsberechnung soll erst im weiteren Verfahren erfolgen.	Die Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich erfolgt erst im B-Plan. Die Hinweise werden aber bereits zur Kenntnis genommen.		
	Das Dauergrünlanderhaltungsgesetz gilt nicht im Zusammenhang mit der	Die Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich erfolgt erst im B-Plan. Die Hinweise werden aber bereits zur Kenntnis genommen.		Х

Beteiligung bis zum 26.02.2021

	Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	planung:	srelevant / nein
6	Hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Verbote weise ich darauf hin, dass eine "Privilegierung" gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG nur dann gegeben ist, wenn die entsprechenden Belange im Rahmen der Eingriffsregelung abgearbeitet und im Zusammenhang mit der Prüfung erforderlicher Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen ausreichend berücksichtigt worden sind.		Ja /	X
7				Х
8	. Tiere und Artenschutz Die Gemeinde teilt mit, dass im weiteren Verfahren eine Artenschutz- rechtliche Prüfung erstellt wird. Auf einen Brutplatz des Weißstorchs in Kehrsen weise ich hin, mögliche Beeinträchtigungen sind zu prüfen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.		х
9	Einer Bebauung der Flächen im südlichen Randbereich von Kehrsen hatte		X	

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	planung:	srelevant / nein
		30 <i>j</i>	X
Der Geltungsbereich der vorliegenden Planung liegt im Naturpark "Lauenburgische Seen", das Gebiet ist im Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III (neu, Januar 2020) gleichzeitig bewertet als Gebiet mit besonderer Erholungseignung.			X
ergänzen. Die Auswirkungen der Planung auf das Landschaftsbild sind zunächst durchaus als erheblich einzustufen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, ergänzende Aussagen zum Landschaftsbild werden in den Umweltbericht aufgenommen.		х
Städtebau und Planungsrecht			
	Der Hinweis auf die grundsätzliche städtebauliche Eignung der in Aussicht genommenen Fläche für eine Betriebserweiterung wird zur Kenntnis genommen.	X	
Nachfrage nach mischgebietstypischen Bauflächen in der Gemeinde Gudow	Die Begründung des Bebauungsplanes Nr. 15 sowie der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes werden hinsichtlich der Standortwahl weitergehend erläutert. Im Zuge der weiteren Planung erfolgt eine Anpassung der Verfahrensart, um den Bebauungsplan Nr. 15 als vorhabenbezogenen		

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	planungs Ja /	relevant nein
barten Betrieb benötigt wird. Punkt 4 der Begründung ist insofern ent-		'	
sprechend zu überarbeiten, andernfalls müsste die Prüfung von alternativen			
Standorten auf das gesamte Gemeindegebiet ausgeweitet werden, auch weil			
die bauliche Entwicklung in erster Linie im Hauptort Gudow und nicht in			
Kehrsen stattfinden sollte.			
Vor diesem Hintergrund ist auch die Stellungnahme des Fachdienstes Natur-			
schutz zu lesen und entsprechend in die Abwägung einzustellen. Die von dort			
geäußerten Bedenken kommen stärker zum Tragen, wenn es sich um eine			
allgemeine Planung für den örtlichen Bedarf handelt, weil in diesem Fall davon			
auszugehen ist, dass sich auch geeignetere Flächen finden ließen. Für eine			
betriebsbezogene Erweiterungsplanung hingegen lassen sich durchaus trag-			
fähige Gründe für die Inanspruchnahme dieser Flächen anführen, allerdings			
muss dies in der vorliegenden Planung deutlich gemacht werden			
Die gewählte Fläche für Versorgungsanlagen, erneuerbare Energien, entwickelt			Х
sich in die freie Landschaft hinein und sollte aus hiesiger Sicht deshalb eine Ein-			
grünung erhalten. Auf eine mögliche Beeinträchtigung des Orts- und Land-			
schaftsbilds sollte in der Begründung eingegangen werden, damit deutlich wird,			
dass sich die Gemeinde mit diesem Themenfeld auseinandergesetzt hat.			
Insgesamt erscheinen die Ausführungen für diese Fläche sehr knapp und sollten			
ergänzt werden, auch im Hinblick auf den Zusammenhang mit dem Betrieb.			
Andernfalls wäre auch hier eine umfassendere Prüfung von Alternativen nötig,			
in die das gesamte Gemeindegebiet einzubeziehen wäre.	Dan Anna sun a usind as falat	j !	
Die Planzeichnung stimmt nicht mit dem parallel aufgestellten Bebauungsplan		j !	
Nr. 5 überein. Es fehlt die Darstellung der Grünfläche. Maßstab und Größe der			
Grünfläche lassen eine Übernahme in die Darstellungen des Flächennutzungs-			
plans zu. Ich bitte um Berücksichtigung.		1	

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	planung Ja	relevant nein
NABU Mölln vom 16.02.2021			
Der NABU Schleswig-Holstein bedankt sich für die zugeschickten Unterlagen. Der NABU, vertreten durch den NABU Mölln, nimmt zu dem o.a. Vorhaben wie folgt Stellung. Diese Stellungnahme gilt zugleich für den NABU Mölln und den NABU Schleswig-Holstein.		х	
Der NABU nimmt zur Kenntnis, dass			
 die überplante Fläche im Flächennutzungsplan für Landwirtschaft dargestellt und nun der Neuplanung entsprechend angepasst wird, das Vorhaben den Vorgaben des Regionalplans SH für den Planungsraum I nicht entgegenstehen, der Geltungsbereich eine Größe von 2,1 ha umfasst, der sich aus 0,4 ha für ein Mischgebiet, 0,7 ha für Flächen für Natur und Landschaft, 0,4 ha für Flächen für Ver- und Entsorgung, 0,3 ha für Grünflächen und 0,3 ha für Verkehr vorgesehen werden, Flächen der Fluren 47, 21, 22, 24/10 und 48 betroffen sind, die Planung die Schaffung eines Mischgebietes für einen bereits seit dem Jahr 2005 ortsansässigen Betrieb betrifft, eine, mit bereits einem Windrad bestandene Fläche für Mitarbeiter-Stellplätze und eine zweit für Erneuerbare Energien – Freiland-Photovoltaik westlich der Kastanienallee geschaffen werden soll, die private Grünfläche Garten GG als Gartenland bzw. Rasenfläche dauerhaft anzulegen ist und die Errichtung eines Gartenhauses mit einer max. Grundfläche von 20 m² zulässig ist, der vorhandene Teich in der Grünfläche Garten GG integriert ist, 			

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planungs	srelevant
Inhalt der Stellungnahme		Ja /	/ nein
 für die als extensiv zu nutzende Ausgleichsfläche die Menge der zu pflanzenden Obstbäume noch nicht vermerkt wurde und dass die UNB des Kreises Hzgt. Lauenburg bei Aufstellung des Landschaftsplanes mit Stellungnahme vom 10.4.2001 dem Wunsch widersprochen hat, die betreffende Fläche zwischen den Straßen Grotn Felln und Kastanienallee als Baufläche auszuweisen. 			
· ·		x	
Auf den Seiten 10 und 11 der FNP-Begründung wird als Infrastrukturfaktor Biogas erwähnt – woher kommt das Gas – in Kehrsen ist dem NABU Mölln keine Biogasanlage bekannt.	_		X
In der Planzeichnung ist in der Legende ein F für Fließgewässer aufgeführt, es wurde in der Planzeichnung nicht gefunden.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Planzeichnung wird redaktionell korrigiert.		

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planungs	srelevant
Inhalt der Stellungnahme		Ja /	' nein
Außerdem wird eine Angabe der Anzahl der zu erstellenden Wohneinheiten	Der Anregung wird gefolgt.	Χ	
vermisst.	Die Zahl der zu erwartenden Wohneinheiten wird im Zuge es weiteren		
Wo liegt die auf Seite 4 erwähnte Königsstraße?	Verfahrens ergänzt.		
	Die Begründung wird hinsichtlich der Beschreibung des Plangebietes redaktionell angepasst.		
	Dem Hinweis wird nicht gefolgt, da die großen Offenlandflächen als potenzielle		Х
auf Uberhälter verzichtet werden soll, drei bis fünf Bäume dürften durchaus vertraglich sein!	Nahrungs- und Bruthabitate für entsprechende Vogelarten nicht durch Überhälter gestört werden sollen.		
Wer ist für die Fläche verantwortlich, die Gemeinde oder der Investor? Nach	Das geplante Vorhaben sieht die Umsetzung einer Betriebserweiterung eines		Х
Möglichkeit sollte sie in Gemeindehand verbleiben bzw. übergehen.	örtlich ansässigen Unternehmens vor. Durch die getroffenen Festsetzungen sind verbindliche Regelungen für die entsprechende Fläche abgesichert. Eigentumsverhältnisse sind in diesem Zusammenhang nicht relevant.		
Der NABU begrüßt die Entscheidung, keine Kies-, Splitt- oder Schottergärten zuzulassen.			Х
Der NABU behält sich Ergänzungen seiner Stellungnahme vor.			
Der NABU bitte um Rückäußerung, wie über seine Stellungnahme befunden wurde sowie um weitere Beteiligung am Verfahren.			

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit Inhalt der Stellungnahme	Abwägungsvorschlag	planung Ja	srelevant / nein
NABU Schleswig-Holstein vom 20.02.2021 Vielen Dank, dass dem NABU Schleswig-Holstein die Möglichkeit zu einer		х	
Stellungnahme geben wird. In Abstimmung mit unseren Ansprechpartnern vor Ort möchten wir folgende Anmerkungen und Ergänzungen zu der Planung machen:			
Zunächst sei erwähnt, dass bei Umsetzung der vorliegenden Planung aus unserer Sicht die Möglichkeit besteht, den Ortsteil Kehrsen insbesondere in Richtung Süden besser als bisher durch die vorgeschlagenen grünordnerischen Maßnahmen in die Landschaft einzubinden. Das ist zu begrüßen, wobei darauf geachtet werden sollte, dass für die geplante Streuobstwiese auf jeden Fall hochstämmige Obstbäume ausgewählt werden. Dann könnte sich das Areal im Laufe der Zeit zu einem guten Jagdhabitat für Fledermäuse entwickeln. Insofern wäre es gleichermaßen auch wünschenswert und sinnvoll, schon jetzt geeignete Flachkästen als Schlafquartiere an der geplanten Gewerbe- bzw. Wohnbebauung vorzusehen.		X	
Die im Planungsbereich vorhandene Senke, die offensichtlich aufgrund der anhaltenden Trockenheit in den Sommern der letzten Jahre ausgetrocknet ist, sollte durch geeignete Maßnahmen wieder in den Zustand eines Laichhabitats versetzt werden. Aufgrund der Lage kann angenommen werden, dass sich ein entsprechendes Kleingewässer neben Grasfrosch und Erdkröte auch für Teichmolch und Wechselkröte zum Laichen eignen würde.			X

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planungsrelevar	
Inhalt der Stellungnahme		Ja /	/ nein
Auf einem der Nachbargrundstücke brüten Weißstörche, die die landwirtschaft-	Die Hinweise werden geprüft und die artenschutzrechtlichen Untersuchungen	Χ	
lichen Grünflächen regelmäßig zur Nahrungsaufnahme aufsuchen. Es ist	entsprechend ergänzt.		
deshalb noch zu prüfen, ob die geplanten Maßnahmen evtl. negative Aus-			
wirkungen für diese Großvögel haben könnten und welche Schutzmaßnahmen			
ggf. ergriffen werden müssten.			
Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes überplant die Gemeinde am süd-	Der Anregung wird nicht gefolgt.		Х
östlichen Ortsrand Kehrsen auch einen Teilbereich der Kastanienallee. Dadurch	Der Ausbau eines Fuß- und Radweges ist auch innerhalb der festgesetzten		
wird die spätere Nutzung der an die Straßenlage angrenzenden Flächen fest-	Straßenverkehrsfläche möglich. Da zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine		
geschrieben. Wir empfehlen deshalb, bereits jetzt in der Planung Ver-	konkretisierten Planungen bestehen, wird auf eine entsprechende Festsetzung		
kehrsflächen für einen Fuß- und Radweg parallel zur Kastanienallee vorzusehen,	verzichtet.		
um damit später ggf. eine verkehrssichere und klimafreundliche Wegever-			
bindung zwischen den Ortsteilen Schlingen und Kehrsen umsetzen zu können.			
Das Land Schleswig-Holstein hat nämlich mit seiner Radstrategie SH. 2030 "Ab			
aufs Rad im echten Norden" die Zielvorgabe aufgestellt, bis zum Jahr 2030 bis			
zu 1/3 des öffentlichen Verkehrs auf das Fahrrad zu verlegen, um damit u.a.			
einen erheblichen Beitrag zum Klima- und Unfallschutz zu leisten. Diese			
Diskussion zur Ausweitung und Optimierung des Radwegenetzes wird sicherlich			
in den nächsten Jahren auch die Gemeinde Gudow als eine für den			
Fremdenverkehr wichtige Gemeinde erreichen, so dass man schon jetzt erste			
wichtige Schritte im Hinblick auf eine diesbezügliche spätere strategische			
Ausrichtung machen könnte.			

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Abwägungsvorschlag	planung	srelevant
	Ja /	' nein
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.		
Eine Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers ist innerhalb des Plangebietes aufgrund der anstehenden Bodenverhältnisse nicht möglich.	Х	
Eine Anwendung des Erlasses zur Regenwasserbeseitigung erfolgt im Zuge des weiteren Verfahrens.	х	
	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Eine Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers ist innerhalb des Plangebietes aufgrund der anstehenden Bodenverhältnisse nicht möglich. Eine Anwendung des Erlasses zur Regenwasserbeseitigung erfolgt im Zuge des	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Eine Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers ist innerhalb des Plangebietes aufgrund der anstehenden Bodenverhältnisse nicht möglich. Eine Anwendung des Erlasses zur Regenwasserbeseitigung erfolgt im Zuge des X

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planungsrele	
Inhalt der Stellungnahme		Ja /	nein '
Archäologisches Landesamt SH vom 31.01.2021			
Wir können zurzeit keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmale gem. § 2 (2) DSchG in der Neufassung vom 30.12.2014 durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir keine Bedenken und stimmen den vorliegenden Planunterlagen zu.			х
Darüber hinaus verweisen wir auf § 15 DSchG: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung. Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.			X

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planungsrelevan	
Inhalt der Stellungnahme		Ja ,	/ nein
Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie			
vom 09.02.2021			
TOEB.2021.02.00048			
In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.		
Vorhaben folgende Hinweise:	Es werden keine abwägungsrelevanten Anregungen vorgebracht.		
Hinweise			
Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für			
Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf			
den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrund-			
verhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des			
Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunder-			
kundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts			
sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den			
jeweils gültigen Fassungen erfolgen.			
In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren			
Hinweise oder Anregungen.			
Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den			
raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen			
zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes			
erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu			
interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme			
ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen			
erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene			
Untersuchungen.			

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planungsrelevant	
Inhalt der Stellungnahme		Ja /	nein
Folgende Träger öffentlicher Belange haben weder Anregungen noch Bedenken vorgebracht.	Die Stellungnahmen wurden zur Kenntnis genommen. Es wurden keine abwägungsrelevanten Anregungen vorgebracht.		x
LLUR Regionaldezernat Südost HL vom 27.01.2021			
LLUR untere Forstbehörde Mölln vom 28.01.2021			
➤ Amt Breitenfelde f. d. Gemeinde Lehmrade vom 09.02.2021 ➤ Eisenbahn-Bundesamt vom 15.05.2021			
➤ Vodafone GmbH/Vodafone Kabel Deutschland GmbH S00969441 vom			
18.02.2021			
➤ Amt Zarrentin f. d. Gemeinde Gallin und Lüttow-Valluhn vom 23.02.2021			
➤ Landessportverband SH e.V. vom 24.02.2021			
➤ Amt Lauenburgische Seen vom 24.02.2021			
➤ IHK Lübeck vom 26.02.2021			
Landwirtschaftskammer vom 16.02.2021 (1005)			
➤ GMSH vom 11.02.2021 (100)			
Landesamt f. Vermessung und Geoinformation SH vom 08.02.2021 (1003)			
 50Hertz Transmission GmbH vom 26.01.2021 (1002) Deutsche Telekom Technik GmbH vom 22.01.2021 (1000) 			
Kampfmittelräumdienst vom 21.01.2021 (1000) Kampfmittelräumdienst vom 21.01.2021 (1001)			
Kampinittenaumalenst vom 21.01.2021 (1001)			

Beteiligung bis zum 26.02.2021

Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange/Öffentlichkeit	Abwägungsvorschlag	planungsrelevant	
Inhalt der Stellungnahme		Ja /	/ nein
Von folgenden Trägern öffentlicher Belange gab es keine Rückmeldung:			
➤ LBV - Ministerium		1	
➤ Landeskriminalamt - Luftbildauswertung		1	
➤ Landesamt Denkmalpflege		1	
➤ LLUR Flintbek		1	
> SH Netz Schwarzenbek		1	
➤ Bundesanstalt für Immobilien		1	
≻ HVV		1	
➤ Verkehrsbetriebe Hamburg		1	
➤ Deutsche Bahn		1	
➤ Feuerwehr		1	
> Stadtwerke Geesthacht		1	
➤ AG-29		1	
≻ BUND		1	
➤ Ministerium f. Wirtschaft, Verkehr, Arbeit		1	
➤ Abfallwirtschaft Südholstein		1	
➤ Ev. Luth. Kirchenkreis Hamburg-West / Südholstein		1	
➤ Polizeidirektion Ratzeburg		1	
➤ Gemeinde Langenlehsten		1	
➤ Gemeinde Besenthal		1	